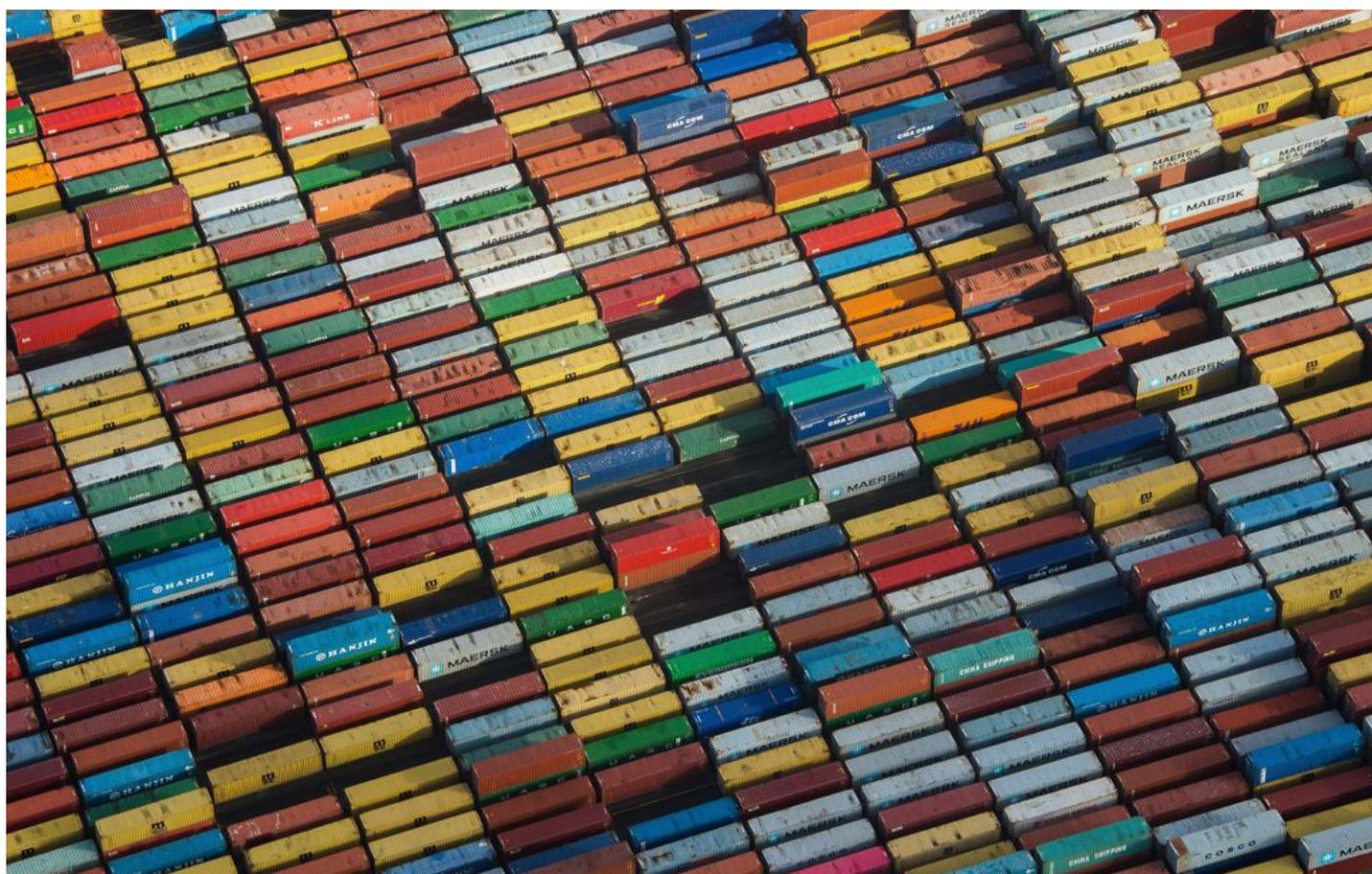


# So soll der Außenhandel zukunftsfest werden

Ökonomen und Wirtschaftsvertreter fordern einen einheitlichen Auftritt als „Team Deutschland“



**Aus Hamburg in die Welt:** Die Chefs des Afrika-Vereins fordern eine effektivere Außenwirtschaftspolitik durch ein Ministerium für Außenwirtschaft oder einen Staatsministers für Außenhandel. Bild: dpa



BEITRAG TEILEN

niza. FRANKFURT. Vertreter aus Ökonomie und Wirtschaft fordern eine grundlegend modernisierte deutsche Außenwirtschaftspolitik. „Die deutsche Außenhandelsförderung muss sich, wie jene anderer Länder, am strategischen Interesse der Bundesrepublik

orientieren und nicht an oft realitätsfremden Ursprungsregeln“, heißt es einleitend in einem Papier, das der Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft Gabriel Felbermayr zusammen mit Stefan Liebing und Bodo Liesenfeld, den Chefs des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft und des Lateinamerika Vereins, verfasst hat. Es liegt der F.A.Z. vor und wird an diesem Montag veröffentlicht.

Konkret geht es den Autoren darum, die Außenwirtschaftspolitik deutlich effektiver als bislang mit entwicklungs- und außenpolitischen Instrumenten zu verzahnen, sowohl in Deutschland als auch auf europäischer Ebene. Erforderlich sei deshalb unter anderem „die gezielte und aktive Förderung strategisch wichtiger Branchen in strategisch wichtigen Märkten“. Dafür müssten Kräfte gebündelt werden. „Alle außenwirtschaftlich relevanten Bundesressorts, Behörden und sonstigen Institutionen sollten koordiniert und einheitlich nach Außen auftreten (,Team Deutschland“), schreiben Felbermayr, Liebing und Liesenfeld. Damit ein „aktives Marketing durch Bewerbung, Vernetzung und politische Flankierung“ möglich werde, brauche es eine einheitliche, ressortübergreifende Strategie der Bundesregierung.

Zur Erreichung dieses Ziels ist es aus Sicht der Autoren sinnvoll, alle Zuständigkeiten in einem Ministerium für Außenwirtschaft oder durch Schaffung eines Staatsministers für Außenhandel zu bündeln. Auch sollten beispielsweise Kooperationsmodelle mit privaten Unternehmen wie Rückversicherungsgesellschaften angestrebt werden. Entwicklungszusammenarbeit und die Außenwirtschaftsförderung sollten von der Bundesregierung insbesondere in definierten Fokusbändern verzahnt und Mittel der Entwicklungszusammenarbeit zur Absicherung und Förderung von deutschen Auslandsinvestitionen eingesetzt werden, heißt es in dem Papier weiter.

### **Bundesregierung muss strukturelle Nachteile ausgleichen**

Den Autoren schwebt beispielsweise die fokussierte Förderung von Industrieparks und Sonderwirtschaftszonen vor. Auch sollten Berufs- und Hochschulbildungsprojekte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit so entwickelt werden, dass sie im Idealfall die Qualifikationsbedarfe deutscher Investoren im jeweiligen Land adressieren. Zwar sei es mitnichten so, als stünde die deutsche Wirtschaft im Ausland schlecht da, merken Felbermayr, Liebing und Liesenfeld an. „Der deutsche Mittelstand hat große Stärken“, schreiben sie explizit. Doch beim Wettbewerb um eine Mitwirkung an großen Infrastrukturprojekten zeigten sich auch strukturelle Nachteile – die die Bundesregierung durch verstärkte Übernahme einer Koordinationsfunktion ausgleichen müsse.

„Deutschland braucht eine zeitgemäße Außenhandelsstrategie“, heißt es in dem Papier. Denn mit seinem Exportmodell sei die Bundesrepublik besonders stark global vernetzt und von handelspolitischen Verwerfungen, wie sie wahrscheinlicher geworden seien, stärker betroffen als andere. Deshalb sei zugleich eine „Verrechtlichung der wirtschaftlichen Beziehungen durch Handelsverträge“ auf allen Ebenen anzustreben. Und schließlich habe Deutschland „jetzt die Chance, im internationalen Wettbewerb eine

wichtige Rolle beim Ziel der Klimaneutralität und der entsprechenden Transformation der Weltwirtschaft einzunehmen“.

Globaler Klimaschutz und positive Beschäftigungseffekte für die deutsche Wirtschaft seien kein Widerspruch. Doch die Chancen hiesiger Unternehmen müssten auf diesem Zukunftsmarkt eben strategisch gestärkt werden. Und damit Berlin dabei keinen

Sonderweg einschlage, sollte es sich in der EU und OECD für „ein wegweisendes Rahmenwerk für die Außenwirtschaftsförderung einsetzen“.

Mit ihrer Forderung nach einer modernisierten Außenwirtschaftsförderung wollen Felbermayr, Liebing und Liesenfeld nicht zuletzt dem technologischen Wandel Rechnung tragen. „Angetrieben durch die Digitalisierung wandeln sich die Geschäftsmodelle deutscher Exportunternehmen von reinen Warenproduzenten hin zu lösungsorientierten und servicebasierten Dienstleistern“, merken sie an. Die Autoren kritisieren, dass Transaktionen und Unternehmen Stand jetzt nicht effektiv mit Exportkreditgarantien unterstützt werden können, wenn sie mit keinem oder einem nicht hinreichenden, geringen deutschen Warenanteil verbunden sind. Vor allem Dienstleistungen litten darunter – obwohl gerade diese durch die fortschreitende Digitalisierung zunehmend an Bedeutung gewannen und zur Schaffung neuer Geschäftsmodelle führten. Andere Länder seien hier weiter.



BEITRAG TEILEN

#### MEHR ZUM THEMA

### „Lösen kann diesen Konflikt nur die Politik“

Herr Eickholt, Siemens Energy liefert Energietechnik nach Belarus. Wann kam der Auftrag für das Projekt? Es geht primär um die Lieferung mehrerer Gasturbinen an vier Standorte. Kunde (<https://zeitung.faz.net/faz/wirtschaft/2021-05-31/loesen-kann-diesen-konflikt-nur-die-politik/616757.html>)



(<https://zeitung.faz.net/faz/seite-eins/2021-05-31/>)